

Gesetzentwurf

der BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

Gesetz für konsequente Bürgermitbestimmung bei Bauleitplänen

Vom ...

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1 **Änderung der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg**

In § 15 Absatz 3 Nr. 10 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg vom 18. Dezember 2007 (GVBl. I Nr. 19), die zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 10. Juli 2014 (GVBl. I Nr. 32, S. 23) geändert worden ist, wird die Angabe *"die Aufstellung, Änderung und Aufhebung von Bauleitplänen,"* gestrichen.

Artikel 2 **Inkrafttreten**

Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Begründung:

Ziel des Gesetzesvorschlages ist, die Entscheidung über Bauleitpläne Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden zugänglich zu machen.

Die Aufstellung von Bauleitplänen hat eine besondere Bedeutung für die städtebauliche und planerische Entwicklung einer Gemeinde. Daher sind dahingehende Entscheidungen grundsätzlich von öffentlichem, die Bürgerschaft in gesteigertem Maße berührendem Interesse. Zugleich ist davon auszugehen, dass auch in dieser Materie eine hinreichende Auseinandersetzung mit der zur Abstimmung zu bringenden Sachfrage erfolgt.

Gemäß § 3 BauGB ist die Beteiligung der Öffentlichkeit, mithin der Bürgerschaft, vorgesehen. Es besteht die Möglichkeit, Stellungnahmen abzugeben. Dies zeigt, dass rechtskonstruktiv bauplanerische Entscheidungen mit den Bürgern der Gemeinde gefunden werden sollen. Daher sprechen zunächst keine prinzipiellen Erwägungen gegen eine gesteigerte Bürgerbeteiligung.

Wie bekannt können die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden abgegebenen Stellungnahmen im Zuge der Abwägung zurückgewiesen wer-

den. An dieser Stelle soll daher eine definitive Mitbestimmung der Bevölkerung installiert werden.

Indem die Aufstellung von Bauleitplänen aus dem Bürgerentscheid-Ausschlusskatalog gestrichen würde, hätten die Einwohner der Gemeinde verbindlich das letzte Wort.

Zutreffend wird auch in Schumacher, BbgKVerf-Kommentar, § 15, Ziffer 5.3.10 darauf hingewiesen, dass das aus § 3 BauGB erwachsende Beteiligungsrecht materiell etwas anderes als die Mitbestimmungsmöglichkeit durch einen Bürgerentscheid bedeutet. Unterschiedliche Ergebnisse des Abwägungsprozesses im Rahmen des Aufstellungsbeschlusses einerseits und beim Bürgerentscheid andererseits liegen in der Natur der Sache.

Die oft befürchtete Verzögerungswirkung ist nicht gegeben, da es sich in der Regel um kassatorische Bürgerbegehren handeln muss, die innerhalb kurzer Frist einzureichen sind.

Insgesamt ist ein verantwortungsbewusster Umgang mit der sich hiernach neu eröffnenden Möglichkeit zu erwarten. Die Bürger erhalten die Möglichkeit, unter Berücksichtigung der Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit, der Argumente des politischen Raumes und weiterer städtebaupolitischer Meinungen ein verbindliches Votum in dieser wichtigen Frage abzugeben.

Iris Schülzke
für BVB / FREIE WÄHLER Gruppe